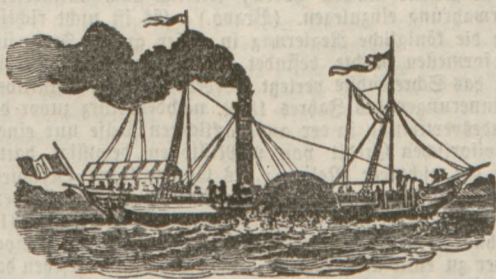


Danziger Dampfboot.

№ 214.

Samstag, den 13. September.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portschaffengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1862.

32ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 9 Pfg., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an:

In Berlin: A. Reitemeyer's Centr.-Btg.-u. Annonc.-Bür.
In Breslau: Louis Stangen.
In Leipzig: Heinrich Hübler und C. Mgen.
In Hamburg-Altona, Frankfurt a. M. Saatenstein & Vogler.

Telegraphische Depeschen.

Weimar, 12. September.

Die Versammlung deutscher Volksvertreter ist endgültig hier auf den 28. September ausgeschrieben worden. Fries bildet hier selbst ein Vorberathungs-Comité aus jetzigen und ehemaligen Volksvertretern.

Turin, Freitag, 12. Sept.

Das Gerücht von einer neuen Anleihe ermangelt der Bestätigung. Das Gerücht von einer bevorstehenden Amnestie gewinnt an Wahrscheinlichkeit.

Paris, Donnerstag 11. Sept.

Die Journale enthalten das Gerücht, daß die allgemeinen Wahlen zur Legislativen Ende October stattfinden werden.

London, 12. September.

Der berühmte Chirurg Professor Patridge ist nach Spezia abgereist, um seine Dienste Garibaldi anzubieten. In England ist eine Subscription eröffnet, die Kosten zu decken.

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 11. September.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses stand die Beratung des Etats der Militärverwaltung pro 1862 auf der Tagesordnung. Vor der Eröffnung der General-Discussion nimmt der Finanzminister das Wort, um die Stellung des Ministeriums zu der Budget- und Militärfrage darzulegen; die Erklärung, welche bereits im Auszuge als Depesche von uns mitgeteilt ist, lautet wörtlich:

Die Staatsregierung kann bei der großen Wichtigkeit des Gegenstandes, über welchen die Beratung vorsteht, nicht unterlassen, vor dem Eintritt in die Discussion ihre Ansichten dem hohen Hause näher darzulegen.

Die Notwendigkeit einer durchgreifenden Reform der Heeres-Organisation ist in den früheren, diesen Gegenstand betreffenden Vorlagen ausführlich dargelegt worden. Es wird daher genügen, hier nur hervorzuheben, daß nach den bei den letzten Vorbereitungen gemachten Erfahrungen, nach den Wahrnehmungen über den Gang und die Natur der Kriege der neuesten Zeit und nach den veränderten politischen Verhältnissen, es als eine unabwendbare gebietende Pflicht erschien, Einrichtungen ins Leben zu rufen, durch welche die Kriegstüchtigkeit und die Kriegsbereitschaft des Heeres im Interesse der Sicherheit und Unabhängigkeit des Landes dauernd erhöht werden. Es kam im Wesentlichen darauf an, durch die consequente Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht den Friedensetat des stehenden Heeres entsprechend zu erhöhen, dagegen die Landwehr in ihren Dienstverpflichtungen zu erleichtern.

Die Umgestaltung des Heeres in diesem Sinne, über welche dem Landtage in der Session von 1860 Votlagen gemacht waren, fand in ihrem wesentlichen Grundgedanken allgemeine Anerkennung; in einigen Beziehungen stieß sie dagegen auf Widerpruch, was zur Folge hatte, daß die damals gemachten Wehrvorlagen nicht zum Abschluß kamen. Der Regierung wurde jedoch auf ihren Antrag zur einstweiligen Aufrechterhaltung und Vervollständigung der Kriegsbereitschaft als Provisorium für die Zeit vom 1. Mai 1860 bis 30. Juni 1861 ein extraordinärer Kredit von 9 Millionen Thälern bewilligt, mit welchem sie, wie es in dem betreffenden Commissionen-Berichte heißt, „nach bestem Ermessen, innerhalb der Schranken der bisherigen Gesetze — auf der Unterlage des von ihr vorgelegten Etats und mit fortwährender Erwägung der bei der Beratung desselben zur Erörterung gekommenen Bedenken — wirtschaften sollte.“ Die definitive Regelung wurde einer neuen Beratung mit der Landesvertretung vorbehalten.

Für das Jahr 1861 wurden demnach die Mittel für die Reorganisation der Armee durch den Etat, und zwar dauernd, in Anspruch genommen, indem die Staatsregierung davon ausging, daß die neue Organisation mit den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, dem Gesetz vom 3. September 1814 über die Verpflichtung zum Kriegsdienste, völlig im Einklange stehe. Diese Auffassung

wurde indessen vom Landtage nicht geteilt, vielmehr in mehreren Beziehungen für erforderlich erachtet, daß die Heeres-Organisation durch ein neues Gesetz geregelt werde. Um dieser Ansicht Ausdruck zu geben, wurde der weitere Bedarf für die Aufrechterhaltung der Kriegsbereitschaft im Extraordinarium des Etats für 1861 bewilligt und in einer Resolution ausgesprochen, daß die Regierung, falls sie die zur Reorganisation der Armee ergriffenen Maßregeln aufrecht zu erhalten beabsichtige, verpflichtet bleibe, spätestens dem nächsten Landtage ein Gesetz Bewilligung der Abänderung des Gesetzes vom 3. September 1814 vorzulegen.

Um über die Absichten der Staatsregierung nicht den mindesten Zweifel zu lassen, hat bald darauf, als dieser Beschluß gefaßt war, der Finanzminister in der Sitzung des Hauses der Abgeordneten am 4. Juni 1861 erklärt:

„Bei der Discussion über die Militärfrage in diesem Hause sei, wie er glaube, von allen Seiten constatirt worden, daß, wie man auch über diese Frage denken möge, doch die Absicht nicht dahin gehe, mit dem 1. Januar 1862 mit einem Male den früheren Zustand wieder herzustellen und die Zahl von 117 Bataillonen ohne Weiteres aufzulösen u. — und so bleibe in der That nichts übrig, als daß die in das Extraordinarium verwiesenen Ausgaben, welche zur Aufrechterhaltung der Kriegsbereitschaft dienen und nicht einmalige Ausgaben seien, von dem Finanzminister so lange geleistet würden, bis über den neuen Etat Beschlüsse gefaßt worden seien.“

Bei unbefangener Erwägung dieses Herganges wird man sich der Anerkennung nicht verschließen können, daß weder von der Regierung beabsichtigt, noch von dem Landtage erwartet ist, die angeordnete Umgestaltung des Heeres sei nur eine temporäre Maßregel; im Gegenteil ist hies e offen ausgesprochen worden, daß dieselbe im Interesse des Heeres und des Landes unabwendbar dauernd geboten sei, und ihre definitive Regelung ist dadurch aufgehoben worden, daß hierzu vom Landtage ein neues Gesetz für erforderlich erachtet wurde. Wie schon die vorerwähnte Resolution, in welcher der Weg zur Ordnung der Angelegenheit bezeichnet wird, dafür spricht, daß es nicht in der Absicht des Abgeordnetenhauses gelegen hat, die Beilegung der gegenwärtig bestehenden Heeres-Einrichtungen vom 1. Januar 1862 ab zu verlangen, so ist auch mehr davor, daß die Steuerzuschläge von 25 Prozent bis 1. Juli 1862, also über das Etatsjahr hinaus bewilligt worden sind, unabweislich anerkannt, daß der Landtag der Regierung die Mittel hat gewähren wollen, welche zur Befreiung der Kosten der neuen Heeresorganisation auch über den 1. Januar d. Z. hinaus erforderlich waren, indem die erwähnten Steuerzuschläge allein zu diesem Zwecke beansprucht sind. Diese Auffassung findet ferner ihre Bestätigung in den Aufzeichnungen der Kommission für Finanzen und Zölle, welche in ihrem Berichte vom 19. Februar 1861, betreffend die anderweitige Regelung der Grundsteuer, sich dahin ausgesprochen:

„daß das Verlangen einer Mehr-Einnahme aus der Grundsteuer in dem mäßigen Umfange, wie es in der Vorlage dargestellt, durch die Lage des Budgets, durch die allseits zugestandene Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht und durch die ebenso unbestrittene Notwendigkeit, die Rades der Truppenkörper zu verstärken, völlig begründet sei, wurde allgemein anerkannt.“

Das seit 12 Jahren bestehende, durch die dreijährigen Staatsvorlagen unumkehr abgeänderte Verfahren, nach welchem die gesetzliche Feststellung des Staatshaushalts-Etats erst gegen Mitte des Etatsjahres erfolgt, ließ überdies der Regierung keine Wahl, ob sie die nicht in einmaligen Ausgaben bestehenden Kosten der neuen Heeres-Organisation auch über den 1. Januar d. Z. hinaus leisten wollte oder nicht. Sie würde offenbar gegen das Interesse des Landes und die Absichten seiner Vertreter gehandelt haben, wenn sie die erwähnten Ausgaben, weil die Bewilligung derselben formell noch nicht erfolgt war, eingestellt hätte. Denn darüber wird kaum eine Meinungsverschiedenheit bestehen können, daß es unbedingt notwendig ist, das Bestehende bis zur definitiven Ordnung der Angelegenheit zu erhalten.

Die Staats-Regierung hat daher, wie bei jeder Würdigung der Sachlage nicht verkannt werden kann, in dem guten Glauben gehandelt, durch die fernere Aufrechterhaltung der neuen Armee-Organisation nur eine gegen das Land ihr obliegende unabwendbare Pflicht zu er-

füllen, sie hat eine unbefangene sachgemäße Beurtheilung ihres Verfahrens nicht zu scheuen, noch weniger aber befürchten können, daß die Bewilligung der erforderlichen Mittel Anstand finden könnte. Denn in dem Umstande, daß ein Gesetz über die Regelung der Armee-Organisation noch nicht vereinbart ist, kann unmöglich ein zureichendes Motiv für die Verletzung der bezeichneten Ausgaben gefunden werden, um so weniger, als der Landtag, welchem das von der Staats-Regierung beobachtete Verfahren vollständig bekannt ist, einen Widerspruch dagegen seither nicht erheben hat, und die Regierung bei allen ihren bisherigen militärischen Einrichtungen und Acten, und auch bei der neuesten Ausrüstung auf Veranlassung des kaiserlichen Verfassungstreits sich genau innerhalb der Grenze der Verordnungen gehalten hat, welche auch die strengste Auslegung des Gesetzes vom 3. September 1814 ihr unbedingt zugesieht.

Die Staats-Regierung hat ein Gesetz, die Wehrpflicht betreffend, zu Anfang d. Z. dem Landtage vorgelegt, welches die Zustimmung des Herrenhauses gefunden hat. Eine Beschlußnahme des Abgeordnetenhauses ist wegen der erfolgten Auflösung desselben nicht zu Stande gekommen. In der gegenwärtigen Session ist eine solche Vorlage nur deshalb nicht gemacht worden, weil es, wie auch in der Thronrede angekündigt worden, die Absicht war, die Dauer der Session möglichst abzukürzen und deshalb keine Vorlagen zu machen, bei welchen wichtige Principienfragen zur Erörterung kämen. Auch hiergegen ist von Seiten des Landtages keine Einrede erfolgt. Die Regierung wird indeß, wie sie hiermit auf das Bestimmteste erklärt, eine Gesetzesvorlage über die Wehrpflicht in der nächsten Winter-session einbringen, und glaubt mit dieser Erklärung die gegen die Bewilligung der Ausgaben für die Armee-Reorganisation erhebenen Bedenken um so mehr als beseitigt ansehen zu dürfen, als sie nach wie vor anerkennt, daß die zeitliche Formation der Armee, insoweit solche eine dauernde Erhöhung des Etats oder eine anderweitige gesetzliche Regelung der Dienstverpflichtung erfordert, so lange als eine definitive nicht betrachtet werden kann, als dazu nicht die verfassungsmäßige Zustimmung des Landtags erteilt sein wird, daß mithin durch die Bewilligung des Etats für 1862 den künftigen Beschlüssen über die Wehrverfassung in keiner Weise präjudicirt werden soll. Wenn die Commissionen besonders daran Anstich genommen hat, daß die Ausgaben für die Armee-Organisation im Ordinarium des Etats für 1862 ohne besondere Motivierung in Ansatz gebracht worden sind, so ist übersehen worden, daß gleichzeitig mit diesem Etat die Novelle zum Gesetz vom 3. September 1814 dem aufgelösten Abgeordnetenhause vorgelegt war und angenommen werden konnte, daß eine gleichzeitige Feststellung dieses Gesetzes und des Etats stattfinden werde. Eine gänzliche Umarbeitung dieses Etats bis zum Zusammentritt des gegenwärtigen Abgeordnetenhauses war bei der Kürze der Zeit nicht ausführbar.

Erfern Werth darauf gelegt werden sollte, die Ausgaben für die Heeres-Organisation in Uebereinstimmung mit dem Verlaufe des Jahres 1861, in das Extraordinarium des Etats zu übertragen, wird die Staats-Regierung dem nicht entgegen sein.

Die Staats-Regierung darf daran erinnern, daß sie die Steuerzuschläge, deren Fortsetzung nach den früheren Erklärungen bis zum Jahre 1863 in Aussicht genommen war, bereits mit dem 1. Juli d. Z. aufgegeben, wodurch dem Lande eine bedeutende Steuer-Erleichterung im Betrage von 37 Millionen Thälern jährlich gewährt wird, daß gleichwohl die vorliegenden Etats mit keinem höheren Defizit abschließen, als es bei Forterhebung der Steuerzuschläge der Fall war. Die erfreuliche, nicht vorherzusehende Steigerung der Staats-Einnahmen und eine wesentliche Ermäßigung des Militär-Etats haben die Mittel geboten, den vorgedachten Anfall zu übertragen. Es darf ferner hervorzuheben werden, daß bereits in diesem Jahre eine frühere Entlassung der Recruten statt am 1. October d. Z. erst in den ersten Monaten des nächsten Jahres gechehen wird. Auch hierdurch in den künftigen Jahren Einsparungen entgegengesetzt und den Wehrpflichtigen eine Erleichterung zu Theil geworden. Es ergibt sich aber hi raus, daß eine Ermäßigung der Ausgaben für die Heeres-Organisation im Etat für 1862

nicht mehr möglich ist, weil schon jetzt bei der Infanterie nur zwei Jahrgänge sich bei den Fahnen befinden.

In Rücksicht auf die Finanzlage des Staats kann die Genehmigung des Etats für 1862 nicht dem mindesten Bedenken unterliegen. Es ist bereits von dem Kommissarius der Regierung in der Kommission näher nachgewiesen worden, daß für die Armee-Reorganisation bis Ende des Jahres 1861 neben dem Steuerzuschlage nicht nur kein extraordinärer Zuschuß erforderlich gewesen, sondern aus dieser Zeit noch ein Ueberschuß von 853,000 Thln. an den Staatsschatz abgeliefert ist, und daß es für das laufende Jahr, obgleich der Etat mit einem Deficit von 3,385,000 Thln. abschließt, eines Zuschusses aus dem Staatsschatz in Wirklichkeit nicht bedürfen wird, indem die Einnahmen sich so günstig gestaltet haben, daß der vorerwähnte Betrag in Mehr-Überschüssen über den Etat hinaus seine vollständige Deckung finden wird. In der That hat die große Vorsicht, mit welcher bei Veranschlagung der Staats-Einnahmen zu Werke gegangen wird, stets dahin geführt, daß in der Wirklichkeit sich erhebliche Mehr-Ueberschüsse gegen den Etat ergeben haben. So namentlich

für 1857	2,103,000 Thlr.
" 1858	5,475,000 "
" 1859	6,042,000 "
" 1860	3,867,000 "
" 1861	2,677,000 "

Also in 5 Jahren 20,164,000 Thlr.
und im Durchschnitt jährlich 4,033,000 "

Danach ist anzunehmen, daß es auch für das Jahr 1862 und weiter extraordinärer Zuschüsse zur Deckung der Etatsmäßigen Ausgaben, einschließlich der Kosten der Armee-Reorganisation, nicht bedürfen wird, und daß die Annahme der Kommission, es werde bis zum Jahre 1870 ein Zuschußbetrag von 3,527,000 Thlr. nöthig sein, auf ganz irrigen Voraussetzungen beruht, insofern dabei nicht berücksichtigt ist, daß mit der weiteren Durchführung der Organisation, wie wiederholt erklärt worden, nur insoweit vorgeschritten werden soll, als solches die Lage der Finanzen gestattet. Wie wenig die vorgedachte Berechnung zutrifft, zeigt eine Vergleichung derselben mit dem Etat pro 1863. Während die Berechnung unter Einrechnung der Steuerzuschläge einen Zuschußbedarf von 7,326,000 Thlr. ergibt, beläuft sich der letztere nach dem

Etat auf nur 3,180,000 "

mithin weniger 4,146,000 Thlr.

und in gleicher Weise wird das Verhältnis in den folgenden Jahren zu stehen kommen, nicht zu gedenken, daß, wie vorhin gezeigt, Mr.-U.-berühfte voraussichtlich regelmäßig wiederkehren und jeden Zuschuß entbehrlich machen werden.

Die Staatsregierung ist sich bewußt, daß sie zur Verausgabung der Kosten der Armee-Reorganisation der nachträglichen Zustimmung des Landtags ebenso bedarf, wie zu allen übrigen Ausgaben, welche vor gesetzlicher Zeitstellung des Etats geleistet sind, und sie glaubt auf diese Zustimmung um so mehr mit Sicherheit rechnen zu dürfen, als nachgewiesen ist, daß die fraglichen Ausgaben nicht zu vermeiden waren und in gutem Glauben geleistet sind, daß eine weitere Ermäßigung derselben nicht thunlich ist, und daß zu ihrer Deckung hinlängliche Mittel in den gesetzlich bewilligten Einnahmen vorhanden sind.

Der Umstand, daß das G.-G.-G., durch welches die Wehrpflicht allgemein geregelt werden soll, nicht in der gegenwärtigen Session, sondern erst in der folgenden, also wenige Monate später vorgelegt werden soll, kann es nicht rechtfertigen, durch Verzögerung der nöthigen Mittel eine Situation zu erzeugen, welche gefährlich ist, die Ordnung im Staatshaushalte in der bedenklichsten Weise zu stören, die innere Verwaltung des Landes zum größten Nachtheil der wichtigsten öffentlichen Interessen zu lähmen, und die Regierung dem Auslande gegenüber in eine Lage zu bringen, welche ihr auch die Lösung der nach dieser Richtung ihr obliegenden Aufgaben erschwert.

Die Staats-Regierung erkennt mit der Kommission an, daß die Verfassung das Zustandekommen eines Etatsgesetzes unbedingt voraussetzt. Wenn aber die Kommission gleichwohl die Ablehnung der Ausgaben für die Reorganisation der Armee empfiehlt, und schon bis an die äußerste Grenze zu geben glaubt, indem sie sämtliche zur Existenz des Staats notwendige Ausgaben bewilligt und für das Heer nur die Summe, welche bis zum Jahre 1860 ausgereicht habe, zuschreibt, so kann sie sich darüber nicht täuschen, daß sie durch diese Vorschläge das Zustandekommen eines Etatsgesetzes unmöglich macht, weil sie die Existenz des Staats unbedingt gefährdet, daß die Ausgaben für 1862 größtentheils bereits geleistet sind und in den letzten Monaten Ersparnisse nicht mehr gemacht werden können.

Indem die Staats-Regierung die ernste Erwägung dieser Erklärung dem hohen Hause empfiehlt und hierdurch wiederholt, daß es ihr fern liegt, die verfassungsmäßigen Rechte des Abgeordnetenbundes zu beeinträchtigen, indem sie vielmehr ausdrücklich anerkennt, daß alle Ausgaben der Zustimmung des Landtags bedürfen und die Zustimmung erneuert, daß sie in der nächsten Session das gewünschte Gesetz über die Leistung der Wehrpflicht vorgelegt wird, kann sie, in dem Bewußtsein, daß sie nach Lage der Verhältnisse im allgemeinen Staats-Interesse nicht anders, als geschehen, verfahren konnte, der Beistimmung mit der Verbürgung entgegenstehen, welche die Ueberzeugung gewissenhafter Pflichterfüllung gewährt. Die Staats-Regierung ist sich bewußt, durch thatsächliches Entgegenkommen ihr aufrichtiges Bestreben an den Tag gelegt zu haben, eine Lösung der obwaltenden Frage zu erleichtern; sie beharrt auch ferner in dieser Gesinnung; aber sie darf auch nicht unterlassen, der Landes-Vertretung die ganze Schwere der Verantwortung vor Augen zu stellen, welche auf einer Verzögerung der nach Lage der

Sache durchaus unentbehrlichen und nachweislich vorhandenen Mittel ruhen würde.

Die Rednerliste wird hierauf verlesen, sie giebt etwa 50 Namen, die größere Hälfte derselben gegen die Commissionsanträge eingezeichnet. Die Reihenfolge beginnt — abwechselnd gegen und für — wie folgt: v. Sybel, Waldeck, v. Gottberg, v. Carlowitz, v. Vinde-Olbendorff, Virchow, v. Vinde (Stargardt), v. Hoyerbed, v. Sängner, Gneist, Graf Verhuyl-Hur, v. Jordanbeck, Baier, Rupp, v. Bonin (Stolz) u.

Abg. v. Sybel: Meine Herren, obwohl ich mit einem großen Theile Ihrer Commissions-Anträge schieders nicht einverstanden sein kann, fühle ich mich doch verpflichtet, als Mitglied des Hauses gegen einen solchen Standpunkt, wie wir eben vom Ministerische her haben geltend machen hören, feierlich auch meinerseits Verwahrung einzulegen. (Bravo.) Es ist nicht richtig, daß die königliche Regierung in dieser großen Frage sich im formellen Rechte befindet. Das formelle Recht ist auf das Schreiendste verletzt worden durch die definitiven Erinnerungen des Jahres 1860, nachdem kurz zuvor die Landesvertretung in der ausdrücklichen Weise nur einen provisorischen Credit von 9 Millionen bewilligt hatte. Ich bin nicht der Meinung des Commissions-Berichtes, daß bei einer ganzen Reihe von Punkten materielle Verlegungen der Militär-Gesetzgebungen von 1814 und 1815 vorhanden seien, ich werde diese meine Ansichten noch näher zu entwickeln suchen. Indessen ganz abgesehen davon steht es doch fest, daß die neue Organisation unserer Armee an jenem Tage ihrer Geburt den Stempel der Ungefehrtheit empfangen hat. Meine Herren! Als im Jahre 1860 die Landesvertretung jenen provisorischen Credit bewilligte, damals hatte sie auch das Vertrauen, daß die königl. Regierung nach diesem Votum verfahren würde. Die neue Reorganisation giebt allerdings die Erleichterung für die Landwehr, und ich glaube, wir werden Ursache haben, in dieser Richtung ihr und ihren Schöpfern dankbar zu sein; — aber das eine erste und letzte Wort: zweijährige Dienstzeit, davon ist bekanntlich in der neuen Reorganisation nicht die Rede. In dieser ist ein charakteristischer Punkt, daß die Landwehr ersten Aufgebots nicht sofort mit in das G.-G.-G. rücken soll, daß die Linie so stark sein soll, um den ersten Stoß zu führen, den ersten Stoß auszuhalten und dem Feinde zurückzugeben, daß dagegen die Landwehr ersten Aufgebots als Reserve zur Verteidigung des vaterländischen Bodens dienen soll. Fällt nun nicht ganz von selbst jeder für die dreijährige Dienstzeit entscheidende Grund hinweg? Heutigen Tages ist es nicht möglich, daß eine Reorganisation, und wäre sie die mächtigste der Welt, eine wichtige Staatsangelegenheit durchsetzt, wenn der Verstand, die Ueberzeugung und das Gewissen des Volkes einmüthig sein „Nein“ einlegt. Auch Sie werden das nicht durchsetzen, was Sie bisher angestrebt haben; auch Sie werden zurückweichen müssen vor diesem einfachen, in geistlicher Form ausgesprochenen „Nein“ — Wir sind, Dank unserer einsichtigen und redlichen Finanzverwaltung, nicht in der Lage eines augenblicklich bevorstehenden Bankrotts, aber die Ueberzeugung geht durch das ganze Land, daß bei der bisherigen Finanzwirtschaft in militärischen Verhältnissen bei dem Wegfallen jedes Füzels und jeder Schranke wir auf diesen Weg gelangen können, und je weiter vorwärts auf einem solchen Wege, desto schwieriger ist die Heilung und desto stärker der Zusammenstoß, der bei einem solchen Heilungsversuch sowohl die Finanzen, als die übrigen Institutionen des Staates treffen muß! Deswegen scheint es mir jetzt unsere Pflicht, den Gesichtspunkt einer wesentlich durchgreifenden Ersparnis auch jenseit dem Militärbudget gegenüber geltend zu machen. Ich verneine es, auf einzelne Details Ihres Commissions-Berichtes in dieser Beziehung einzugehen. Es kommt mir hier auf einzelne Differenzen auch nicht an, da ich in der Hauptsache in dieser Beziehung mit dem Commissionsberichte einverstanden bin. Dagegen kann ich nicht glauben, daß es richtig verfahren ist, wenn Ihre Kommission mit einem Federstrich beantragt, die gesammten Kosten der Reorganisation abzugeben, und damit den Willen auszusprechen, auf den Zustand von 1859 oder 1860 zurückzugehen. Es ist in dieser Beziehung allerdings der letzte positive Wille Ihrer Kommission nicht deutlich erkennbar. So bestimmt und einfach der Antrag auch formuliert ist, so zeigt Ihnen der Bericht, daß zwei wesentlich verschiedene Ansichten für den Moment sich für die eine negative Ansicht vereinigt haben, welche, die eine auf Seite 19, die andere auf Seite 20 des Berichtes angebeutet sind. Nach der einen wäre die Ansicht die, daß diese Kosten definitiv abgesetzt seien und bleiben, daß die Armee auf den Zustand vom Jahre 1859 verharre, daß der jetzige Zustand zerbrochen und aufgelöst, und sofort die Organisation von 1860 wieder in das Leben gesetzt werden soll. Nach einer anderen Meinung wäre das Motiv des Antrages dieses: Die Staatsregierung durch einen unwiderstehlichen Druck zu nöthigen, den jetzigen Zustand als unmöglich zu erkennen, und die von allen Seiten gewünschte Siegesvorlage baldmöglichst einzubringen, wodurch ein neues Drittes herbeigeführt werden soll. Ich bekenne mich ebenfalls zu dieser letzteren Ansicht, und würde es tief beklagen, wenn der Zustand von 1859 in militärischer Hinsicht wiederhergestellt und die allgemeine Wehrfähigkeit der Armee, wie in früheren Jahren, wieder verringert werden sollte. Meine Herren, so viel ich von der Stimmung des Landes weiß, habe ich nicht den mindesten Zweifel darüber, daß es einstimmig eine durchgreifende Reform und Modifikation des jetzigen Heerwesens begehrt, daß hier aber die eine Seite des jetzigen Zustandes liegt, die dem Lande werth geworden ist, deren Zerrümmern im Allgemeinen einen tiefen Kummer herbeiführen würde. In meinem Wahl-Bezirk war im Jahre 1859 die betreffende Compagnie der Landwehr ersten Aufgebots, 250 Mann stark, eingezogen, die Kommune hatte davon 242 Militien zu unterhalten, und ich frage Sie, meine Herren, können Sie sich vorstellen, daß eine Kommune, die in solcher Lage sich einmal befunden hat, Sehnsucht

haben sollte nach einem Zustande, worin derartige Erscheinungen die Regel bilden? Im Jahre 1814, als man aus der jungen Mannschaft bis zum 25. Jahre höchstens eine Armee von 200,000 Mann bilden konnte, eine Armee, die keinem Conflict mit irgend einer Großmacht auch nur eine Campagne hindurch gewachsen gewesen wäre, zwang freilich die bittere Noth, die Landwehr ersten Aufgebots wie die Linie zu verwenden; jetzt aber, wo diese Noth wegfällt, giebt es keine dringendere Pflicht für Regierung und Landesvertretung, als die Hausväter, die die Stützen der Familien und Gemeinden, wie ich vorher sagte, soviel als möglich vom Kriegsdienste fern zu halten, ihnen den Charakter der Reserve zu bewahren, den sie zu führen verpflichtet sind, und den sie, wie wir Alle wissen, im Nothfalle wohl Ehre machen werden, so gut, wie die Landwehren es im Jahre 1813 gethan haben. Wir haben, sollte ich denken, bei der gegenwärtigen Weltlage alle Ursache, nicht auf Angriff, nicht auf Eroberung, wohl aber auf Sicherstellung und auf eine feste kriegerische Haltung zu dringen. Ich kann nicht anerkennen, daß die Landwehr, wie sie vom Jahre 1851 bis 1859 organisiert war, diesen Anforderungen in Wahrheit entsprach. Unsere Landwehr hat in den Jahren 1813, 1814, 1815 in der Blut- und Feuer-Taufe gezeigt, was die preussischen Kämpfe vermögen, wenn die preussischen Herzen im rechten Schlage gehen; aber lassen sie uns nicht vergessen, daß damals die preussische Landwehr gebildet wurde sieben Jahre nach der Katastrophe, bis zu welcher hin Preußen ein großes stehendes Heer von mehr als 200,000 Mann besaß, daß aus dieser Armee eine Fülle kriegsgewöhnter, gebildeter, gedienter Offiziere vorhanden war, welche dem im Jahre 1813 zusammen tretenden Landwehr-Bataillone das militärische Knochengewebe und die organisatorische Festigkeit verlieh. Ueberall, wo eine terartige Volksbewaffnung militärisch wirksam gewesen ist, erkennen Sie den Stamm und Stoff solcher Offizierskörper. In der Schweiz, deren Heeres-Einrichtungen in den letzten Monaten so häufig und empfehlend genannt worden sind, würde es immer erst auf eine ernsthafte Probe, auf einen wirklichen Kampf mit einer großen stehenden Armee ankommen; was aber der Schweizerischen bis jetzt Konflikt gegeben hat, ist auch wieder der Umstand, daß durch die sonst übliche Sitte des auswärtigen Dienens der Schweiz Jahr für Jahr eine Menge kriegsgewöhnter, technisch geübter Offiziere und Unteroffiziere zuflüßte, die dann dieser Armee von Bürgern, diesem Volksheere die nöthige militärische Haltung und Tüchtigkeit verliehen. Und sehr in diesem Augenblicke finden wir dieselben Bataillone jenseits des Oceans bestätigt. Ich bekenne, daß ich auch hier mit einigem Ersauern die Worte des Commissions-Berichtes gelesen habe, daß Nichts in der Lage der auswärtigen Verhältnisse für Preußen gegründete Bedenken erregen könne, gegenwärtig die Kosten der neuen Organisation abzulegen; daß es niemals seit 1816 eine Zeit gegeben habe, wo eine wirkliche Kriegszugabe von dem Staate entfernter gewesen, als in diesem Augenblicke. Meine Herren! Im Jahre 1860, das ist aller Orten anerkannt, da war die europäische Weltlage so, daß die Landesvertretung mit gutem Grunde die Kriegsbereitschaft bewilligen mußte. Das ist wiederholt hier im Hause ausgesprochen, das ist wiederholt in Beschlüssen dieses Hauses niedergelegt worden. Wenn ich nun die heutige Weltlage mit der von 1860 vergleiche, meine Herren, wer wollte denn im Jahre 1860 Preußen angreifen, wer dachte denn irgendwie, mit direkten Feindseligkeiten heimzusuchen? Der einzige wahrhaft gefährliche Gegner, den Preußen hätte haben können, war damals, wie jetzt, erfüllt von Anerbieten der Freundschaft und des Entgegenkommens, des Bündnisses. Sonst war damals in der Welt keine schwebende politische Frage, die uns irgendwie auch nur indirekt berührte, als die ungeordnete Italienische. Dann endlich, meine Herren, werden wir hingewiesen auf die anbrechende Deutsche Einheit; diese, sagt ihr Commissions-Bericht, werde allein — werde aber auch ganz und gar Preußens auswärtige Sicherheit decken und uns die Lasten abnehmen, die bisher in verhältnismäßiger Weise auf uns gedrückt haben. Ja, meine Herren, ich bin fest davon überzeugt, der einzige Weg, der uns aus unseren militärischen Nothen und Verunsicherungen gründlich herausführen kann, ist die Lösung der Deutschen Frage. So lange Preußen für sich allein dasteht, wird es immerfort das Mißverständnis zwischen seinen materiellen Kräften und seiner mächtigen nationalen Aufgabe empfinden; — es wird immer in der Lage sein, die Last bald auf die eine, bald auf die andere Schulter zu nehmen, um hier eine Abhilfe und dort eine Erleichterung zu suchen. — Die Last aber wird immer größer sein müssen, als sie bei normalen Zuständen denkbar ist. Denn es ist eben kein normaler Zustand, daß Preußen in Mitten der Deutschen Territorien für sich allein den Europäischen Stürmen gewachsen sein muß. Aber um zu der ersehnten Einheit zu gelangen, dazu giebt es keinen verkürzten Weg als die Entwaffnung, als die Desorganisation unserer Armee. Wahrscheinlich, nicht die Selbstständigkeit unserer Deutschen Nachbarlande soll unsere Armee bedrohen; nichts wäre schädlicher und frevelhafter als die Meinung, daß Deutschlands Einheit durch die Waffen gemacht werden könnte. Aber nichts wäre auch verkehrter, als die Hoffnung, daß unser Einheitswerk nicht durch die Waffen gestiftet werden müsse. Ist denn jemand in diesem hohen Hause noch des kindlichen Glaubens, daß wir unsere Deutsche nationale Kraft zusammenfassen und konsolidieren könnten, ohne daß von Außen, ohne daß von dem eifersüchtigen Europa ein mächtiges veto dagegen eingelegt würde? Glauben Sie, daß in Wien, daß in Paris die auf unser Heerwachenden eifersüchtigen Regierungen es unterlassen würden, den Bildungs-Prozess in seiner Mitte zu unterbrechen? Glauben Sie, daß das Unerhörte sich begeben würde — die Bildung einer neuen verdoppelt starken Großmacht von nahe 40 Millionen, ohne daß die übrigen Großmächte ihr Wort und Schwert dazu setzen hätten? Meine Herren, wenn es ein Mittel giebt, um diesen kriegerischen

Eventualitäten zu entgehen, so ist es eben nur das eine: Si vis pacem, para bellum! Nur wenn wir der Welt den Eindruck machen, daß wir im Nothfalle bis an die Zähne gerüstet sind, und daß unsere Rüstung nicht bloß eine Rüstung von ungeschulten Männern, sondern daß sie eine militärisch-organisirte Macht ist, nur dann haben wir Aussicht, unsere nationale Wiedergeburt auch ohne Unterbrechung des Europäischen Friedens zu vollziehen. Deshalb haben meine Freunde und ich uns zu diesem Antrage entschlossen, der Ihnen empfiehlt, nicht erst auf die Gesetzes-Vorlage zu warten, um die notwendigen Ersparungen zu vollziehen, sondern diese Ersparnisse sofort in dem Budget eintreten zu lassen, und durch die Fortdauer des provisorischen Charakters, durch die Aufrechterhaltung des extraordinären Charakters der Budget-Bewilligung der Königl. Regierung nach wie vor den Antriebe zu geben, daß sie die Gesetzes-Vorlage liefere und dadurch die Sache zur definitiven Regulierung bringe. Aus allen diesen Gründen, meine Herren, empfehle ich Ihnen die Annahme der von mir und meinen Freunden gestellten Anträge. (Bravo!)

Abg. Dr. Waldeck geht zunächst ebenfalls auf eine Widerlegung der von dem Finanzminister in der ministeriellen Erklärung aufgestellten Gesichtspunkte ein. Der Minister wolle die Sache auf eine Finanzfrage herabdrücken. Er stelle eine Geß-Vorlage in Aussicht, aber habe nichts davon gesagt, daß er den Etat für 1863 einstweilen zurückziehen wolle; er verlange also, das Haus solle diesen ohne vorgängiges Geß bewilligen, und doch habe er heute selbst die Nothwendigkeit des Gesetzes zugegeben. Man könne nichts bewilligen, so lange das in Aussicht gegebene Geß noch nicht vorhanden. Wenn man im Etat die Positionen streiche, die nicht auf gesetzmäßiger und verfassungsmäßiger Grundlage ruhen, so erfülle man nur eine nicht abzulehnende Pflicht. Es gebe nicht, ewig zwischen Ja und Nein hindurchschlüpfen zu wollen, das habe man drei Jahre gethan, aber diese Position sei nicht mehr haltbar. Uebrigens seien die Mehrforderungen für den Militär-Etat stets nur provisorisch bewilligt worden, die Regierung möge die Reorganisation für definitiv gehalten haben, aber wie könne man zu sagen wagen, daß das Abgeordnetenhaus zu der neuen Einrichtung niemals sein Einverständnis gegeben habe? Wollte man ja aus diesen ungesetzmäßigen Zuständen heraus, so würde das Haus selber thun mit Verschlägen dazu, vielmehr sei es Sache der Regierung, die Initiative zu ergreifen; so lange dies nicht geschehe, bleibe für das Abgeordnetenhaus die einzige Möglichkeit, sich auf den rein objectiven und gesetzlichen Standpunkt zu stellen und die Positionen, welche die Probe der Gesetzmäßigkeit nicht ertrügen, zu streichen. (Bravo!) Wollte die Regierung wirkliche Verbesserungen einführen, so würde man ihr gern die Hand bieten, das erklärte er in seinem Namen und könne es auch Namens seiner Partei. (Bravo.) Wenn nun der Finanzminister andeuten schiene, daß der Conflict durch die Schuld des Abgeordnetenhauses entstanden, so sei dies vollständig unbegründet. Die principielle Schuld der Regierung bestände darin, daß sie gegen den ausgesprochenen Willen des Landes und gegen den wenigstens indirect ausgesprochenen Willen des Abgeordnetenhauses die neue Organisation als definitiv bindestellte habe. Denn wenn man neue Regimenter gründe, wenn man das Heer von 132,000 auf 210,000 Mann erhöhe, wenn man das Offiziercorps verdopple, dann mache man nicht vorübergehende Kriegsbereitschaft, dann bleibe uns nichts zu thun übrig, als zu streichen. (Bravo.) Jede andere Stellung würde uns entwürdigen. (Anrufer zur Rechten.) Das wolle er beweisen. Im absoluten Staate hätte man es nicht gewagt, in solcher Weise mit der Armee-Reorganisation vorzugehen; wenn man aber eine gesetzmäßige Volksvertretung habe, dann dürfe man es wagen. Auf der Volksvertretung liege die ganze Verantwortung. Man wolle gewiß ein tüchtiges Heer, ein Heer, das nicht bloß die jetzige Stellung Preußens behaupten könne, sondern auch jene zukünftige, die Preußen in Deutschland und Europa vorbehalten sei, aber man wolle kein Soldatenheer. — Er wolle also sofort in die finanziellen Bedenken eintreten. Man verlange seitens der Regierung eine Mehr-Ausgabe von 10 Millionen, man stelle gegen einen Etat von früher 31 Mill. für die Zukunft etwa 50 Mill. in Aussicht. Nun sage man zwar, die Einnahmen, die Steuer-Erträge steigerten sich und glaube damit genug gesagt zu haben. Aber das sei ein crisiser finanzieller Standpunkt, die Steuererträge wüchsen, weil man zuviel brauche und weil die Steuern zu hoch hinaufgeschraubt würden. Der Grundlag sei falsch, daß das Geld, weil es einmal da sei, auch ausgegeben werden müsse. Und solle man im Uebigen, wenn in allen andern Verwaltungszweigen soviel unbefriedigte Bedürfnisse vorhanden wären, dieselben hintanziehen gegen eine Einrichtung, mit der Niemand im Lande zufrieden sei? Auf solche Consequenzen könne man nicht eingehen. Die finanzielle Kraft reiche nicht hin, 50 Millionen für den Militäretat zu beschaffen. Die Erfahrungen, welche man angestellt, seien nur für den Augenblick berechnet, nur für den, der die Augen schließt, wolle, das könne man dem Abgeordnetenhaus nicht verlangen, darauf könne es nicht eingehen.

Abg. v. Gottberg gegen den Commissions-Antrag: Er stimme für die Reorganisation, aber er behaupte, die Schwierigkeit der Lösung dieser Frage verbanne man dem damaligen Ministerium und dem damaligen Abgeordnetenhaus, welche diese Lösung nicht hätten hinauszutreiben dürfen. Gegenwärtig sei die Frage zu einer Cabinetsfrage, zu einer Verfassungsfrage geworden. Gegenwärtig wolle das Haus die Frage benutzen, um das Ministerium zu stürzen, es zur Entscheidung zu bringen, ob das Ausgabebewilligungsrecht härter sei, als die Privilegative der Krone. Sollte es zu einem Conflict kommen, nun — Jahrhunderte lang hätten die Könige Preußens nach Pflicht und Gewissen regiert; er glaube, auch Se. Majestät werde die Regierung nach Pflicht und Gewissen und bewußt der Verantwortlichkeit nach oben zum Wohle des Landes führen.

Abg. v. Carlswitz für den Commissions-Antrag. Abg. v. Binde-Dobendorf: Die Organisation sei hervorgerufen durch die eifrige Sorge für die Machtstellung Preußens. Leider sei sie unter ungünstigen Umständen hervorgerufen, da nicht gleichzeitig Fortschritte für den Ausbau der Verfassung gemacht worden seien. Er hätte ein Entgegenkommen der Regierung, namentlich gegen die Anträge Stavenhagens gewünscht; diese Anträge entsprächen der Tüchtigkeit und der Kraft der Armee. Die bloße Negation der Commission und das Zurückgehen auf 1859 sei eine am grünen Tische ausgesprochene Theorie, welche das Land in die höchste Gefahr bringen würde.

Abg. Dr. Virchow: Es ist in der That gegenwärtig dahin gekommen, daß es von dem guten Willen des westlichen Nachbarn abhängt, ob Europa im Frieden bleiben solle oder nicht; ein böser Traum desselben kann eine Veranlassung zu einer Mobilmachung sein, aber jedenfalls ist das nicht in dem Maße der Fall als früher. Wir sehen, daß Frankreich in diesem Augenblicke hinreichend beschäftigt ist, daß es in feindliche Beziehungen zu Deutschland nicht treten kann. Diese Verhältnisse können in keiner Weise zu einer Erhöhung der Armee führen. Wenn uns nun offiziell entgegengehalten wird, daß die Ausgaben in Preußen nicht dasjenige Maß erreichten, wie in England und Frankreich, so ist das für mich kein Motiv; denn wir sehen, daß diese Staaten durch die große Armee finanziell ruiniert sind; und dies legt uns die schwere Pflicht auf, dafür zu sorgen, daß unser Staat nicht auf dieselbe abschüssige Bahn geführt werde. Es handelt sich also darum, welche Stellung die Landesvertretung verfassungsmäßig der Regierung gegenüber einzunehmen verpflichtet ist, ich sage „verpflichtet ist“, denn es handelt sich hier nicht um einen Standpunkt bloßer Laune und Oppositionsgeist. Handelte es sich hier um irgend eine Gefahr, so würden wir berechtigt sein, anders zu votiren; wenn das nicht der Fall ist, muß ich mir votiren, wie die Gesetze und die Verfassung es von uns verlangen. Die Herren, welche bei der Budgetfrage einen Zwang auf die Regierung ausüben wollen, sind im Unrecht. Die dreijährige Dienstzeit besteht noch zu Recht und Jedermann muß ihr unterworfen werden; die Landesvertretung hat nicht das Recht, durch das Budget bestehende Gesetzesbestimmungen unnützlich zu machen. — Meiner Ansicht nach besteht die verfassungsmäßige Lösung des Conflicts in zwei Möglichkeiten. Einmal Auflösung des Hauses, andernfalls Abtreten des Ministeriums. Das ist die verfassungsmäßige Lösung. Will das Ministerium weder auflösen noch abtreten, so kann es nur das Budget ändern und die Gesetzesvorlage machen. Oder es kann um Indemnität bitten und gegen bestimmte Zusicherungen bestimmte Summen verlangen.

Kriegsminister v. Roon: Was ich zu sagen habe, habe ich zu sagen im Vollgefühl meiner Pflicht und meines Amtes, im Gefühl meiner Pflicht gegen Se. Majestät den König, gegen die Verfassung und die Armee, die meiner Fürsorge anvertraut ist. Ich verzichte auf jeden drastischen Eindruck, den ich durch Widerlegung aller jener Ausführungen machen könnte, und möchte nur gewisse Dinge von der Discussion ausgeschlossen sehen, weil darüber Niemand mehr zweifelhaft ist. Dazu gehört die Frage nach der Zweckmäßigkeit der Reorganisation. Niemand bezweifelt diese Zweckmäßigkeit (Obi Obi zur Linken), Niemand von den Beieiligten (Abat links). Wenn die Herren, welche meinen Ausdruck eben verhöhnt haben, in der Landwehr dienten, würden sie die Nichtigkeit desselben nicht bezweifeln (Obi!) Als Absolvirt möchte ich gleichfalls eine andere Frage betrachten, daß ist die finanzielle Frage. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß es weder wünschenswerth ist, lange zu dienen, noch viel Geld dafür auszugeben. Es handelt sich nur darum: ist die lange Dienstzeit Gesetz oder nicht? Kann das Land die Kosten tragen oder nicht? Beide Fragen müssen bejaht werden. (Widerspruch links). Ich stehe in dieser Auffassung nicht allein. Die statistische Wissenschaft hat wenigstens das Gute, daß man aus ihren Resultaten ersehen kann, was geleistet ist und was in Zukunft geleistet werden kann. Die Herren kennen ja alle die Ihnen mitgetheilten Proschüren des Geh. Rathes Engel; ich brauche deren Inhalt daher nicht extenso zu wiederholen. Das Land, welches in den Jahren 1816, 1817 und den folgenden Jahren die Lasten für die Armee auftrug, war ein armes, von den Anforderungen des vorangegangenen Krieges erschöpft, vom Feinde ausgelagertes Land, und dieses selbe Land stellte keine Kinder unter dreijährige Dienstzeit und zahlte für die Erhaltung der Armee einen höheren Procentsatz, als von Ihnen jetzt verlangt wird. Man spricht jodelnd von Ueberbürdung des Landes durch Steuern, auch in andern Beispielen ist vielfach davon die Rede gewesen. Eine solche Behauptung ist für mich vollkommen mysteriös, ich weiß nicht, was damit gesagt sein soll. Man hat von politischen Bedenken gesprochen. Ich will gleich den Hauptgesichtspunkt vorwegnehmen; denn ich lasse mich sehr ungern auf politische Diskussionen ein. Es wird besonders betont, die Regierung habe ihre verfassungsmäßigen Befugnisse überschritten, die neuen Militäreinrichtungen so zu sagen occurrirt. Das ist eine Behauptung, deren Kühnheit nicht leicht übertroffen werden kann (Bewegung). Als im Jahre 1859 der Reorganisationsplan vorgelegt wurde, handelte es sich um eine Geldforderung und ein Gesetz über die anderweitige Regelung der Dienstpflicht. Das Gesetz kam nicht zu Stande, die Geldforderung wurde bewilligt, allerdings nur provisorisch. Es handelt sich also um nichts, als um die Forderung der Regierung, um eine erhöhte Geldbewilligung; die können Sie ablehnen. Es fragt sich nur, ob Sie das für vereinbar halten mit Ihren Pflichten gegen das Land. Wenn es sich um das Bud. ei für 1863 handelt, finde ich es ganz in der Ordnung, daß Sie zunächst die Vorlage eines Gesetzes verlangen, aber für 1862 handelt es sich um etwas ganz Anderes. Das Budget für 1862 ist im guten Glauben aufgestellt, bis auf einen kleinen Rest im guten Glauben verausgabt

worden. Wenn Sie der Regierung die Mittel zur Deckung desselben entziehen, so entsteht für Sie die Frage: Existiren wir damit dem Lande einen Dienst? Erfüllen wir damit unsere Pflicht? (Ja! Ja!) So stimmen Sie in Gottes Namen wie Sie wollen; aber die Ueberzeugung nehmen Sie dann mit nach Haus, es werde Ihnen später vielleicht leid thun, daß Sie so staar am Rechtspunkt festgehalten haben. Schließlich bemerkt der Kriegsminister gegen den Abg. v. Sybel, daß wenn der Abg. für Bielefeld in dessen Rede keine Logik gefunden habe, er seinerseits diesem Urtheil nur beistimme. Der herbe Anfang habe in keiner Weise zu dem milderen Schluß gepaßt. Dann schloß der Kriegsminister mit folgender persönlicher Bemerkung: Der Abg. für Greifswald hat meine politische Zuverlässigkeit in Zweifel gezogen. Wenn man mich politisch für unzuverlässig erachtet, so bitte ich mir nachzuweisen, wenn und wo das geschehen. Bis dahin aber muß ich mir solche Insinuationen entschieden verbitten. (Großer Lärm.)

Der Abg. General v. Pfuhl: Sehr wahr! Der Präsident: Der Abg. v. Pfuhl hat nicht das Wort. Abg. v. Pfuhl: Die Herren aber auch nicht. Der Präsident: Wenn der Abg. v. Pfuhl nicht zu sprechen aufhört, so muß ich ihn zur Ordnung rufen. Kriegsminister: Ich gebe über diesen Fall hinweg und schließe damit meinen Vortrag, indem ich mir eine Entgegnung auf den Commissionsbericht vorbehalte. Der Präsi. verlegt die Sitzung um 4½ Uhr. Nächste Sitzung: Morgen 9 Uhr.

Berlin, 12. September. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erklärte der Finanzminister v. d. Heydt: Die Regierung habe nichts dagegen, wenn das Haus seine nachträgliche Zustimmung zu dem Militär-Budget pro 1862 in Form einer Indemnität gebe. — Es geht auch heute das Gerücht, daß die Kammer aufgelöst wird.

Votales und Provinzielles.

Danzig, den 13. September.

— Die Fregatte „Gefion“, welche nunmehr auf der hiesigen Rade vollständig armirt und ausgerüstet ist, wird wahrscheinlich am 17. d. Mts. von Sr. Kgl. Hoheit dem Prinz Admiral inspicirt werden. Im Gefolge desselben wird auch der General v. Nieben sich befinden. Der Besatzung der „Gefion“ sollen laut Allerh. Kabinetts-Befehl noch 50 Matrosen l. Kl. aus der Seewehr und Handelsmarine hinzutreten, welche Zahl aber bis jetzt noch nicht erreicht ist, gegenwärtig sind erst 120 Schiffsjungen und 50 ältere Matrosen an Bord.

— Wie wir hören, wird das in Berlin gefertigte Denkmal für die bei dem Gefecht gegen die Risspiraten in Tresforcas Gefallenen hier erwartet und soll von der Besatzung der „Gefion“ bei der zunächst nach dem Mittelmeer zu richtenden Fahrt feierlich in Gibraltar aufgestellt werden.

— Das Königl. Transportschiff „Adler“ wird an der Kgl. Werft mit neuer Takelage versehen und des Pavillons am Deck entleidet, an dessen Stelle die Geschütze Platz finden sollen. Das Schiff soll zunächst nach England gehen, um bei der Ueberführung der dort gekauften Kriegsschiffe verwendet zu werden.

— Am 20. d. Mts. werden vom Kgl. Seekataillon per Compagnie ca. 50 Mann zur Reserve entlassen und zum 1. October diese Vakanten durch Ersatzmannschaften wieder ausgefüllt. Desgleichen werden von der Königl. Werft-Division ca. 90 Handwerker zur Reserve entlassen.

— Die Schrauben-„Corvette“ „Gazelle“ hat bereits Ordre erhalten, hierher zurückzukehren, um sich für eine mehrjährige Expedition nach Ostasien zu completiren und auszurüsten. Dieselbe wird in kommender Woche hier erwartet und wird vor ihrer Wiederabreise noch eine Schießübung bei Trübst abhalten.

— Ueber den sehr befriedigenden Ausfall der Nachfeier des Elbinger Sängeresestes ist bereits früher berichtet. Auch pecuniär ist derselbe ein glücklicher zu nennen, indem 250 Thlr. eingegangen sind, von denen nach Abzug der nicht geringen Kosten mit 110 Thlr. noch 140 Thlr. Ertrag blieben, die für den Zweck der künftigen Erbauung einer Sängers- und zugleich Turnhalle einzuweisen untergebracht sind. Die Kosten eines solchen Gebäudes in dauerhafter und schöner Construction sind sehr bedeutend; indessen die Turner sind ihrerseits auch schon dafür thätig, die 100 Thlr. Ertrag von dem sog. genannten Flottenconcerte für den „eisernen Wilhelm“ dürfen unter geänderten Umständen wohl mit allgemeiner Zustimmung der Sängers, welche dabei mitwirkten, gleichfalls dem näheren und bringenderen Bedürfnisse gewidmet werden, und so ist doch schon Einiges zum Zweck gekommen. Die Sängers haben vor, wegen der allseitigen Befriedigung durch jenes Concert, nächstens noch ein zweites Concert zu veranstalten, natürlich nicht mehr im Freien, sondern im Circus, bald nachdem er den Turnern für ihre Produktion gebietet haben wird. Ein neues Programm mit wohlgeordneten Nummern, ein fester sicherer Sitz, auch bei ungünstigem Wetter zu benutzen, und vollends bessere Musik, besonders für zartere und weniger stark besetzte Gesangsstücke geeigneter, alles dieses wird gewiß auch diesem Concert eine großartige Theilnahme in allen Kreisen sichern.

— Herr Director Carré wird morgen auf dem kleinen Exercierplatze ein großes römisches Kunstwundern veranstalten. Das interessante Schauspiel eines solchen wird zweifelsohne eine große Anziehungskraft auf das Publicum ausüben und zwar um so mehr, als es nicht wiederholt werden soll.

— In der am nächsten Dienstage stattfindenden Stadt-Verordneten-Versammlung wird hinsichtlich der Wahl eines neuen Oberbürgermeisters berathen werden.

— Bei der nächsten Tage zu Nachen stattfindenden General-Versammlung sämtlicher katholischer Vereine Deutschlands wird Hr. Professor Dr. Martens aus Pielmin die hiesigen katholischen Vereine vertreten.

Am nächsten Montag reist der Werkmeister der Steinfabrik, Hr. Ziegler, zur großen Industrie-Ausstellung in London. Demselben werden die Reisemittel von einem Comité bewilligt, welches sich zu dem Zweck gebildet hatte, einem tüchtigen Handwerker die Mittel zu der für ihn so lehrreichen Reise durch Sammlungen zu verschaffen. Hr. Ziegler wird von dem Instrumentenmacher-Gehülfen Hrn. Kohn, gegenwärtig im Geschäft des Hrn. Meistert in der Heil. Geistgasse, begleitet werden. Hr. Kohn erhält zu dieser Reise 150 Thlr. von seinem Vater, einem Orgelbauer in Wermitt.

Als Abgeordneter der hiesigen Lehrervereine für die am 25. d. M. zu Marienburg stattfindende General-Lehrer-Versammlung ist der Lehrer Hr. Gohr und als dessen Stellvertreter der Lehrer Hr. Fohl gewählt.

Elbing. In der Nacht vom 9. zum 10. d. M. gerieth der bei Rothebude (Elbing) liegende städtische Pferde-Waggon in Brand und griff das Feuer so schnell um sich, daß der Waggon nach kurzer Zeit größtentheils von den Flammen verzehrt war; ebenso verbrannten zwei auf demselben stehende Pferde, auch trug der dort sich befindende Aufseher nicht unerhebliche Brandwunden davon.

Das in der hiesigen Maschinenbau-Anstalt von Hambrück, Wellbaum u. Comp. erbaute große eiserne Dampfschiff „König“ zu Fahrten auf dem Rhein bestimmt, ging im Anfang voriger Woche von hier aus. Nachdem dasselbe in Königsberg Ladung eingenommen, hat es seine Probefahrt nach Ansterdam angetreten.

Am 18. und 19. d. M. wird in der Nähe von Elbing an der Schillingbrücke ein Vieh-, Fohlen- und Pferdemarkt stattfinden. Schon jetzt werden die großartigen Vorbereitungen getroffen und wird voraussichtlich derselbe den verjähren, welcher mit über 3000 Stück Vieh besetzt wurde, weit übertreffen.

Dem Kreisphysikus Herrn Dr. Stechern zu Elbing ist die silberne Impfmedaille verliehen worden.

Gerichtszeitung.

Criminal-Gericht zu Danzig.

[Störung des öffentlichen Gottesdienstes.]

Während der Herr Pfarrer Zuretschke am Sonntag, den 25. Mai d. J., in der Bräutigamskirche mit den Kindern der Gemeinde eine Katechisation hielt, erschienen zwei Menschen in derselben, welche sich in höchst auffällender Weise benahmen. Der eine derselben fiel vor den Kindern nieder, der andere hielt laute Selbstgespräche, so daß beide den kirchlichen Frieden störten. Der Herr Pfarrer veranlaßte deshalb den Küster Nutkowski, die beiden Leute aus der Kirche zu entfernen, was denn auch geschah. Als der Herr Pfarrer nach Beendigung des Gottesdienstes nach Hause ging, lauerte ihn der eine der beiden Störenfriede auf und rief ihm zu: „Sie, wunderlicher Mann, wie können Sie mich aus der Kirche weisen lassen? — Bin ich nicht so gut ein Katholik wie Sie? Der Herr Pfarrer achtete nicht auf die Insultation, sondern begab sich ruhig in seine Wohnung. Aber auch noch in dieser wurde er verfolgt. Der Hohnredende riß fortwährend an der Hausthür des Herrn Pfarrers und verlangte diesen zu sprechen, indeß auch kein Complicé herbeikam und ein Gleiches that. Beide mußten, damit sie Ration lernten, arretirt werden. Gestern befanden sie sich auf der Anklagebank. Der Erste, ein Maurergesell und katholischer Religion, Namens Joseph Wisniewski, bekannte ganz offen, daß der Inhalt der Anklage richtig sei. Der Herr Vorsitzende fragte ihn, warum er denn den würdigen Herrn Pfarrer so beleidigt habe. — Nur deshalb, weil der Herr Pfarrer auf die Lutherischen so sehr geschimpft habe, antwortete er. Auf die hierauf an den Angeklagten gerichtete Frage, wie er denn dazu käme, das übel zu nehmen, da er doch selbst Katholik sei, antwortete er mit einigen unverständlichen Redensarten und suchte sein ganzes Benehmen mit einer sinnlosen Betrunkenheit zu entschuldigen. Der zweite Angeklagte, ein auf der linken Seite gelähmter Mensch, seines Zeichens ein Bettler, auch schon wegen Bettellei bestraft, und gleichfalls katholischer Religion, Namens Edward August Buchau, hatte ebenfalls keine erheblichen Einwendungen und gab Betrunkenheit als Grund der kirchlichen Störung an. Beide Angeklagte schienen auch auf der Anklagebank etwas im Kopf zu haben. Nachdem der Herr Pfarrer Zuretschke als Zeuge vernommen und festgesetzt worden war, daß die Katechisation zum öffentlichen Gottesdienst der katholischen Kirche gehöre, wurde jeder der Angeklagten, dem Antrag des Herrn Staatsanwalts gemäß, zu einer Gefängnisstrafe von 4 Wochen verurtheilt. Daß sie Strafe verdient hätten, ichen beiden einleuchtend zu sein; doch hatten sie jedenfalls geglaubt, mit einem geringeren Maß davon zu kommen. Denn während sie, scheinbar höchst erstaunt über das Urtheil, die Anklagebank und den Gerichtssaal verlassen, riefen sie fortwährend in allen Tonarten: Das ist zu viel! das ist zu viel! — Wir müssen appelliren.

Meteorologische Beobachtungen.

12	4	3:6,23	+ 12,8	N. mäßig, hell u. wolkig.
13	2	3:40,07	9,5	Westl. still, hell u. schön.
	1	3:39,93	14,2	Still, bewölkt.

Producten-Berichte.

Börsen-Verläufe zu Danzig vom 13. Septbr.
Umsatz an heutigen Börsen:
Weizen 110 Last, 131.32 Pfd. fl. 560; 130 Pfd. fl. 545;
130.31 Pfd. fl. 550; 131 Pfd. fl. 560.
Roggen 125 u. 127 Pfd. fl. 345 pr. 125 Pfd.; 81 Pfd. 27 1/2 fl. 342 pr. 81 1/2 Pfd. Conneiff.
Erbsen fl. 324, 336.
Hans und Abel fl. 735 pr. Conneiff.

Bahnpreise zu Danzig am 13. Septbr.:

Weizen 125—131 Pfd. frisch bunt 85—91 Sgr.
126—130 Pfd. glatt 86—92 1/2 Sgr.
131—133 1/2 Pfd. hochst. 93 1/2—99 Sgr.
Roggen frisch: 117 Pfd. 53 Sgr. pr. 125 Pfd.
120 Pfd. 55 Sgr. do.
125 Pfd. 57—57 1/2 Sgr. do.
Erbsen weiße Koch- 55—57 1/2 Sgr.
do. Futter- 52—54 Sgr.
Gerste 106—112 Pfd. kleine 43—46 1/2 Sgr.
107—118 Pfd. große 45—53 Sgr.
Hafer 65—80 Pfd. 25—28.29 Sgr.
Spiritus Thlr. 17 1/2.

Angekommene Fremde.

Im Englischen Hause:

Kgl. Kammerherr u. Mitglied d. Herrenhauses Graf Kappelerling a. Schloß Neuhau. Rittergutsbes. Freiherr v. Nordde n. Kam. a. Burg Hemmerich u. Bieker aus Meino. Gymnasialst. Frhr. v. Plettenberg a. Duisburg. Gutsbes. Chales de Beaulieu a. Graubenz u. Domainen-pächter Chales de Beaulieu a. Rutenstein. Fabrikbes. Schichau a. Elbing. Kaufl. Thurn a. Pforzheim, Zacharias a. Königsberg. Bäckermeister n. Kam. a. Dresden und Jung a. Dahl. Opernsänger Louis Fischer - Aktien aus Graz. Frau Rittergutsbes. Weissenborn n. Kam. aus Greifswalde. Frau Apotheker Schwarz a. Berlin.

Hotel de Berlin:

Rittergutsbesitzer Baron v. Kösefeldt a. Ebenem. Hütten-Direct. Schults a. Oldenburg. Kaufm. Engelde a. Stettin.

Walter's Hotel:

Rittergutsbes. v. Krehne a. Quargenfo. Ober-Pest-Secret. Seifisch a. Berlin. Apotheker Rutge n. Kam. a. Tiegenshof. Fabrikbes. Albionico a. Greifswald. Kaufl. Frank a. Stolp, Freundst. a. Elbing und Hilscher a. Waischau.

Hotel d'Alba:

Kaufl. Schelin a. Breslau, Eickstein a. Stettin, Arndt a. Königsberg, Geyer a. Berlin, Schwarz a. Magdeburg u. Franz a. Bromberg.

Hotel de Thurn:

Apotheker Leistikow a. Marienburg. Buchhändler Mühl a. Kiel. Rentier Meisen a. Görlitz. Gutsbes. Stöckel a. Mecklenburg u. Zimbar n. Gem. a. Goagewo. Kaufl. Geyer a. Mühlbauern, Eickert a. Breslau, Heydorn a. Berlin u. Wollermann a. Stargardt.

Stadt-Theater zu Danzig.

Sonntag, den 14. Septbr. (Eröffnungs-Vorstellung.)

Die Hugenotten. Große Oper in 5 Acten von Meyerbeer.

Montag, den 15. Septbr. Don Carlos. Dramatisches Gedicht in 5 Acten von Schiller.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Die Direction.

Die beliebte 4 Pf.-Cigarre.

100 Stk. 1 Tr., welche zwar schlecht aussieht, aber ausgezeichnet gut ist, empfiehlt

Max Dannemann,

Heil. Geistgasse 31 u. 2. Damm 7.

Dentifrice universel.

den heftigsten örtlichen oder rheumatischen Zahnschmerz sofort zu verreiben. Preis à Flacoen mit Gebrauchs-Anweisung 5 Sgr.

Alleinige Niederlage für Danzig bei

J. L. Preuss, Portschaisengasse 3.

Einladung

zur

Begründung eines Allgemeinen Begräbniss-Kassen-Vereins

zum Anschluß an die

Allgemeine Renten-, Capital- und Lebens-Versicherungs-Bank

Teutonia in Leipzig

Die Beiträge werden nach den Tarifen dieser Anstalt erhoben; sie betragen für jede 10 Thaler Begräbnissgeld, wenn die Person alt ist:

20 Jahre 5 Sgr. 7 Pf. jährlich.

25 " 6 " 5 " "

30 " 7 " 5 " "

35 " 8 " 6 " "

40 Jahre 9 Sgr. 9 Pf. jährlich.

45 " 11 " 7 " "

50 " 14 " — " "

55 " 16 " 9 " "

Specielle ärztliche Zeugnisse werden nicht erfordert. Kosten sind nicht zu tragen und die Auszahlung der versicherten Summen erfolgt in allen Fällen ohne jede Verhinderung.

10 Thlr. ist die niedrigste Versicherungs-Summe und werden größere von 30, 50, 100 Thlr. und mehr angenommen, wenn sich nur jedesmal mindestens 10 Personen mit gleicher Versicherungs-Summe melden.

Anmeldungen von Personen jedes Alters vom 5. bis zum 65. Lebensjahre, welche binnen 14 Tagen und spätestens bis zum 6. October erbeten werden, nehmen die unterzeichneten Agenten entgegen, auch ertheilen dieselben bereitwilligst jede gewünschte Auskunft in dieser Angelegenheit.

Danzig, den 12. September 1862.

C. L. Mamppe, Retherhagesche Gasse 7.,

Rudolph Hasse, Breit-Gasse 17.,

Jacobi, Königl. Oberförster a. D., Heil. Geist-Gasse 49.,

Albert Reimer in Elbing, Wasser-Strasse 24.,

Fr. Rohler in Pehlin und

der General-Agent der Teutonia

F. W. Liebert, Verst. Graben 49. n.

CIRCUS CARRE.

Sonntag, den 14. September,

Nachmittags 4 Uhr,

ein großes Römisches

Kunst- u. Wettrennen

auf dem kleinen Exercierplatze.

Abends: Große Vorstellung im Circus.

Zum Schluß:

Fra Diavolo,

oder:

Das Gasthaus zu Terracina.

Das Nähere die Zettel.

Dienstag, den 16. September,

unwiderruflich letzte Vorstellung.

So unzähl'g gepriesene Mittel man auch für das Ausfallen und Ergrauen der Haare oder auch Kahlköpfigkeit angewendet, hat sich doch noch Keines derart bewähren wollen, wie die neue Erfindung des vegetabilischen Kräuterhaarbalsams **Esprit des cheveux** von **Hutter & Co.** in Berlin, Niederlage bei **J. L. Preuss** in Danzig, Portschaisengasse 3, welcher durch seine heilkräftige Wirksamkeit, die Kahlköpfigkeit beseitigt, und das junge Haar derart kräftigt, daß es bei fortgesetzter Anwendung üppiger wächst, als das früher Vorhandene.

EW. Wohlgeboren! Ihrem ausgezeichneten Haarbalsam habe ich ein neues Haupthaar zu verdanken, weshalb ich um nochmalige Zusendung von 1 Flasche à 1 Thaler ergebnis bitte

Bremen, den 31. Juli 1862.

Capitain **Gilbrich.**

Ferner schreibt Hr. **Reiff** zu Flatow: Indem ich Ihnen öffentlich meinen Dank für die vortreffliche Wirksamkeit Ihres **Esprit des cheveux** abstatte, ersuche ich Sie, meinem Bruder ebenfalls 3 Flaschen à 1 Thlr. gefälligst zuzusenden zu wollen.

Gelegentlich einer Nachbestellung äußert sich Herr **Kraft** in Mainz:

EW. Wohlgeboren! Man pflegt zu sagen, jedes Mittel empfiehlt sich selbst; so ist es auch bei Ihrem Balsam der Fall, dessen Wirksamkeit meine vollkommene Anerkennung verdient. Ich habe nach 4 Flaschen à 1 Thlr. Ihres **Esprit des cheveux** einen kräftigen Haarwuchs erhalten, und ersuche Sie, mir noch 2 Flaschen baldigst übersenden zu wollen.



Einige 1/1, 1/2 und 1/4 Preussische Lotterieloose, sowie Antheile zu 1, 2, 3, 4 und 5 Thlr. habe ich noch billigsens abzulassen.

Stettin.

G. A. Kaselow,
gr. Oberstraße No. 8.